

Stellungnahme der A.I.R., angesichts der „Botschaftsvorführungen“ von Staatsangehörigen aus Togo am 01./02. Juni in Horst bei Boizenburg

Psychoterror statt Abschiebestopp

Am 01./02. Juni fanden in der zentralen „Aufnahme“stelle (ZAST) des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Horst bei Boizenburg (Lk LWL) sogenannte „Botschaftsvorführungen“ statt. Das Bundesland mit den meisten in Deutschland lebenden togolesischen Staatsangehörigen (ca.1000, davon 260 mit Duldung), stellt sich mit dieser, ausschließlich der Vorbereitung von Abschiebungen dienenden, Maßnahme voll auf die Seite des verbrecherischen Regimes in Togo. Im Zuge der Amtshilfe wurden diese „Botschaftsvorführungen“ extraterritorial auf dem Gelände der ZAST in Horst durchgeführt. Nicht dem Beispiel Schleswig-Holsteins folgend einen Abschiebestopp auszusprechen, macht sich Innenminister Dr. Gottfried Timm, und mit ihm die SPD/PDS - Regierung zum Handlanger einer seit fast 40 Jahren regierenden Militärclique.

Mit dieser Amtshilfe wird die marode Menschenrechtsauffassung in Schwerin überaus deutlich.

Erstmalig seit den offensichtlich gefälschten Wahlen in Togo vom 24.April werden in diesem Bundesland Abschiebungsvorbereitungen getroffen. Mit einer unmenschlichen Drohkulisse seitens der Ausländerbehörden, durch das neue Zuwanderungsgesetz sanktioniert, werden Menschen eingeschüchtert. Bei unkooperativem Verhalten werden, die „Botschaftsvorführung“ unter Zwang und Repressionsmittel bis zur sofortigen Abschiebehaft verhängt. In Mecklenburg-Vorpommern wurden viele Togolesen aufgefordert ihre „Heimreise“-Papiere bis zum 25.05. zu beantragen. Somit war es den deutschen Behörden möglich die massenhafte Zwangsvorführung am 01. und 02. Juni durchzuführen. Wie die einzelnen Menschen darauf reagierten ist noch nicht bekannt. In jedem Fall sind die Betroffenen existenziell gefährdet. So müssen viele Togolesen wieder um das eigene Leben fürchten. Die Sorge, so manches mal auch Trauer, um Angehörige in Togo (über 800 Tote, TAZ-18.05., und 31.000 in Nachbarländer Geflohene, AA-23.05.) ist den Verantwortlichen im Schweriner Innenministerium anscheinend völlig gleichgültig. Andauernde Hausdurchsuchungen und Verhaftungen missliebiger Oppositioneller bis hin zu Folter und Mord, reichen den Beamten im Innenressort nicht aus, um nach § 60a Aufenthaltsgesetz einen Abschiebestop anzuordnen. Im Gegensatz hierzu werden die psychisch stark gefährdeten Personen togolesischen Behörden namentlich ausgeliefert, obwohl gerade in Deutschland lebende Togolesen von „ihrer“ Regierung als Mitverantwortliche für die Unruhen ausgemacht wurden.

Bei diesem Vorgehen werden weitere Konturen der geplanten Asylpolitik dieses Landes deutlich. Eine Umfunktionalisierung des größten Dschungelheims in Mecklenburg-Vorpommern vom „Aufnahme“lager zum potenziellen „Ausreisezentrum“ zeigt die Widersprüchlichkeit in der Flüchtlingspolitik des Landes auf. Die grundsätzliche Ablehnung sog. „Ausreisezentren“, die mittels Psychoterror die „freiwillige“ Ausreise als einzigen Zweck verfolgen, wird ausgehöhlt. Hinzu kommt die intensivierte Kooperation mit dem Stadtstaat Hamburg. Sowohl bei der vorübergehenden Erstaufnahme von Hamburger Asylbewerbern in Horst, spätestens ab Ende nächsten Jahres, als auch bei Massenabschiebungen per Charterflugzeug von Hamburg nach Westafrika (13.09.04) wird die innenpolitische, länderübergreifende schwarz-rote Perspektive in der Form eines zentralen Erstaufnahmelagers für die nördliche Bundesrepublik deutlich.

Abschaffung von Repressionsmitteln ! – Überall No Lager !
Keine Zwangsvorführungen – Nirgendwo ! Abschiebestop für alle !